



Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-  
Württemberg

📅 09.11.2022

AUSTAUSCH

## 64. Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern und der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR) in Erfurt



Thüringer Landes-Beauftragter für Menschen mit Behinderungen

Das Foto zeigt den Bundes-Beauftragten Jürgen Dusel und Simone Fischer mit den bei der Tagung anwesenden Beauftragten der Länder für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

**Die Beauftragten des Bundes und der Länder für die Belange von Menschen mit Behinderungen sind am 3. und 4. November in Erfurt zu ihrer 64. Sitzung zusammengekommen. In diesem Zuge haben sie in Form der „Erfurter Erklärung“ Forderungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030 gestellt und Wege dorthin aufgezeigt. Diese beziehen sich auf die Bereiche inklusives Arbeits- und Sozialrecht, Inklusionsbetriebe und Werkstätten für behinderte Menschen.**

Simone Fischer, Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen: „Schwerbehinderte Menschen sind wertvolle Fachkräfte, deren Potential auch in Baden-Württemberg viel stärker genutzt werden kann. Sie tragen einen wichtigen Teil zum Erfolg unserer Wirtschaft, der Industrie und des Handwerks, in privaten und öffentlichen Unternehmen bei. Arbeit bedeutet Existenzsicherung, schafft Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit. Wir brauchen Arbeitsplätze, die zeitgemäß sind und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sicherstellen. Wer diese Voraussetzungen schafft, profitiert als Unternehmen. Deshalb ist klar. Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist das Ziel.“

Um mehr Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erreichen, sei es zentral, dass Unternehmen vorangehen, barrierefreie Zugänge schaffen und nachhaltige Arbeitsbedingungen sicherstellen. Inklusionsfirmen sollten künftig eine wegweisendere Rolle einnehmen. Zudem sei unabdingbar, die Transformation der Werkstätten für behinderte Menschen entschlossen voranzubringen.

Mit der „Erfurter Erklärung“ dringen die 17 Beauftragten des Bundes und der Länder auf verstärkte Anstrengungen, Impulse und Instrumente, um den Arbeitsmarkt bis 2030 inklusiv auszurichten. Die Beauftragten treffen sich zweimal jährlich, um aktuelle behindertenpolitische Themen zu erörtern.

Die Erfurter Erklärung und Pressemitteilung sind im Anhang beigefügt.

Erfurter Erklärung für einen inklusiven Arbeitsmarkt 2030

[Pressemitteilung des Beauftragten der Bundesregierung und des Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen](#)

Weitere Informationen finden Sie unter: 64. Treffen der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern und der BAR: Erfurter Erklärung verabschiedet | Thüringer Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen (tlmb-thueringen.de)

**Link dieser Seite:**

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/64-treffen-der-behindertenbeauftragten-von-bund-und-laendern-und-der-bundesarbeitsgemeinschaft-fuer-r>